



PRESSEDIENST

Personalräte betonen Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen

Linnert bekräftigt: Keine betriebsbedingten Kündigungen

Die Interessenvertretungen der Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes wollen weiter Flagge zeigen und die Bedeutung der öffentlichen Dienstleistungen für Bremen herausstellen. „Rotstifte löschen keine Feuer, sie beraten keine Arbeitslosen und betreuen keine Kinder“, erklärte der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, am heutigen Donnerstag in einer Personalräteversammlung, an der auch die neue Senatorin für Finanzen, Bürgermeisterin Karoline Linnert, teilnahm. Es sei erfreulich, dass die rot-grüne Koalition Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Soziales und Sicherheit setzen wolle. Es sei aber nicht akzeptabel, dass damit der Kürzungsdruck auf andere wichtige öffentliche Aufgaben noch weiter erhöht werde. Mehrere Personalräte wiesen in der Versammlung darauf hin, dass schon jetzt vieles unerledigt liegen bleibe, weil es an Personal fehle.

Linnert erklärte, die an das Bundesverfassungsgericht gemeldete Finanzplanung sei sehr ambitioniert, müsse aber in jedem Fall eingehalten werden, um Bremens Sparwillen zu dokumentieren. Dabei gehe es aber nicht um abstrakte Finanzwissenschaft. Es müssten für die einzelnen Aufgabenbereiche Untergrenzen für die notwendigen Ausgaben definiert werden.

Wie zuvor bereits Bürgermeister Jens Böhrnsen schloss die Finanzsenatorin betriebsbedingte Kündigungen im öffentlichen Dienst aus und bekannte sich zu den Mitbestimmungsrechten nach dem bremischen Personalvertretungsgesetz und zur Beteiligung der MitarbeiterInnen bei Veränderungsprozessen. Weiter erklärte Linnert, sie wolle die von den Koalitionsparteien für die Anpassung der BeamtInnenbesoldung vorgesehenen Mittel „mit Zähnen und Klauen“ gegen Pläne für eine anderweitige Verwendung verteidigen.